

Kommunistischer Widerstand – ein Beispiel aus dem Raum Westerwald

Helmuth Preußer (1905 – 1944)

Der in Wirges geborene Kommunist Helmuth Preußer war bereits vor 1933 als Kassierer seiner Ortsgruppe tätig. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten kassierte er weiterhin Mitgliedsbeiträge für seine in den Untergrund gedrängte Partei; er verfasste und verteilte auch antinazistische Schriften. Wirges wurde am 1. Mai 1933 Schauplatz einer Razzia, bei welcher Polizisten und ca. 1500 SS-Männer fast alle Wohnungen des Ortes durchsuchten. Wie viele seiner Parteigenossen floh Preußer im Sommer 1933 ins Saarland. 1935 nach der Wiedereingliederung des Saargebiets¹ musste er erneut flüchten, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Der gelernte Maschinenschlosser fand Arbeit in der Champagne und meldete sich zum französischen Militär. Im Juni 1940 wurde er von der deutschen Wehrmacht gefangen genommen und in die Untersuchungshaftanstalt Frankfurt am Main eingeliefert. Ab Januar 1942 befand er sich in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Moabit. Der Oberreichskriegsanwalt ermittelte gegen ihn wegen Hoch- und Landesverrats. Am 28. Mai 1942 wurde er zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurteilt, die er zunächst in der Strafanstalt Kassel-Wehlheiden verbüßte. Am 1. Februar 1944 wurde er in die Bewährungsgruppe 999² eingezogen und fiel kurze Zeit später bei einem Einsatz in Jugoslawien.



■ Ende Juli 1933 entdeckte die SS in Wirges Matrizen, Walzen und Vervielfältigungsmaschinen für den Druck der kommunistischen Untergrundzeitung „Die Bombe“. Mehrere Personen wurden daraufhin verhaftet und an den „Pranger gestellt“

1 Auszug aus den Ermittlungsakten:

- Der Beschuldigte hat sich vor der Machtübernahme aktiv als kommunistischer Funktionär betätigt. Insbesondere hat er die Kassengeschäfte der KPD, Ortsgruppe Wirges, geführt, kommuni-

- stische Versammlungen geleitet und sich mit der Herstellung von kommunistischen Druckschriften befasst. Nach der Machtergreifung hat er einige Monate hindurch sich illegal betätigt. Vor allem hat er die Kassengeschäfte weiter geführt und zusammen mit anderen Gesinnungsgenossen eine

- illegale Druckschrift hergestellt und verbreitet.
- 15 Im Juni 1933 emigrierte der Beschuldigte nach dem Saargebiet. Er ließ seine Frau, die früher ebenfalls Mitglied der KPD gewesen war, sowie seinen Jungen nachkommen. Im Saargebiet besuchte er die Versammlungen der Einheitsfront³ [...] und bezog zeitweise seinen Unterhalt von der
- 20 Emigrantenstelle.⁴ [...] Nach der Saarabstimmung begab er sich mit seiner Familie als politischer Flüchtling nach Frankreich, wo er Arbeit fand. In Frankreich stand er mit Gleichgesinnten in Verbindung, mit denen er auch die Nachrichten des
- 25 Moskauer Senders abhörte. Seine Angehörigen in Deutschland forderte er brieflich auf, die Nachrichten eines französischen Hetzsenders abzu hören.
- 30 Im März 1938 wurde der Beschuldigte von den französischen Militärbehörden – angeblich als staatenloser Emigrant – gemustert. Er erhielt im
- 35 Sommer 1938 einen französischen Militärpass mit der Beorderung, sich im Kriegsfall am 1. Mobilmachungstage zu stellen. Der Beschuldigte meldete sich daraufhin am 2.9.1939 bei der ihm bestimmten Stelle und wurde in das französische
- 40 Heer eingestellt. Nach infanteristischer Ausbildung wurde er zum Wachdienst verwendet. Im Februar 1940 erhielt er einen Militärpass, der auf den Namen Albert Nicod lautete. Unter diesem Namen trat der Beschuldigte in der Folgezeit auf.
- 45 Im Laufe der militärischen Ereignisse erfolgte im Juni 1940 seine Gefangennahme durch die deutsche Wehrmacht. An Kampfhandlungen will der Beschuldigte sich nicht beteiligt haben. Gegen den Beschuldigten besteht demnach der
- 50 Verdacht des Hoch- und Landesverrats. Sofortige Maßnahmen erscheinen mir nicht geboten.

¹ Das seit 1918 unter internationaler Verwaltung stehende Saarland wurde 1935 nach einer Volksabstimmung wieder ein Teil des Deutschen Reiches.

² Für die Bewährungstruppe 999 wurden Männer rekrutiert, die bis dahin wegen Vorstrafen, die politischer oder auch krimineller Natur sein konnten, für „wehrunwürdig“ erklärt worden waren. Nach einer sechsmonatigen Frontbewährung wurde eine Versetzung in eine reguläre Einheit in Aussicht gestellt.

³ Einheitsfront-Politik bezeichnet den Versuch kommunistischer Parteien mit sozialistischen und sozialdemokratischen Kräften gegen

den Nationalsozialismus zu kooperieren. Sowohl die Führung der KPD als auch die der SPD lehnten eine Zusammenarbeit aber mehrheitlich ab. Lediglich die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und kleinere sozialistische Organisationen betrieben diese Strategie konsequent.

⁴ Emigrantenstellen wurden im Saarland bis zur Rückgliederung 1935 von der SPD und der KPD unterhalten, um politischen Flüchtlingen finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

⁵ NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Ziegelhüttenweg 38, 67574 Osthofen, Telefon: 06242-910819 oder E-Mail: arenz.morch@ns-dokuzentrum-rlp.de

Arbeitsaufträge

1. Fasse die Biografie Helmuth Preußers zusammen und liste seine Widerstandsaktivitäten auf.
 2. Analysiere die Methoden, mit denen die Nazis bereits früh versuchten, den kommunistischen Widerstand im Westerwald zu brechen. Nimm dabei die Abbildung zu Hilfe.
 3. Stellt Vermutungen darüber an, weshalb Personen, die zuvor für „wehrunwürdig“ erklärt worden waren, ab 1942 in Straftruppen eingezogen wurden. Berücksichtigt dabei das Kriegsgeschehen an der Ostfront.
 4. Recherchiert die Funktion der so genannten „Bewährungstruppe 999“ und erforscht, welche
- [H] Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ebenfalls in diese Bewährungstruppe zwangsrekrutiert worden sind. Informiert euch auch im NS-Dokumentationszentrum in Osthofen⁵ zu ehemaligen Häftlingen dieses frühen Konzentrationslagers, die das gleiche Schicksal erleiden mussten. Erstellt zu einem dieser Fälle eine exemplarische Kurzbiografie.